

Ein Hoch auf Bill Gates' Vater

Manchmal geschieht Erstaunliches. Zum Beispiel in Amerika. Ausgerechnet diejenigen, welche am meisten zur Kasse gebeten werden, finden das auch noch richtig. William Gates, Vater des wohl reichsten Mannes der Welt, Bill Gates, hat vor einigen Monaten zusammen mit 500 weiteren Multimillionären dem damaligen Präsidenten Bill Clinton geschrieben. Er bittet ihn darum, die Erbschaftssteuer nicht abzuschaffen. Gates warnt vor einer neuen „Aristokratie des Reichtums“ in den USA, weil sich - ähnlich wie bei uns - in den letzten 20 Jahren der Anteil des privaten Vermögens, den die Reichsten besitzen, vervielfacht hatte. Und er stellt fest: "Niemand aber sollte per Geburt an der Startlinie ein paar hundert Meter Vorsprung haben."

Mit Rückstand ins Rennen

Ist das Leben ein Wettrennen? Das Bild mit dem Vorsprung mag uns Nichtamerikaner nicht so recht überzeugen. Und doch steckt ein Kern Wahrheit darin. Die Chancen sind auch in der Schweiz ungleich verteilt. Einige - und es werden immer mehr - haben es schwer, ihre Möglichkeiten in unserer Gesellschaft zu entfalten. Die Durchschnittslöhne derjenigen 20%, die am wenigsten verdienen, sind in den letzten 2 Jahrzehnten gesunken. Diese Gruppe verdient nur noch Fr. 3'300.-. Im globalen Markt werden immer öfter Löhne bezahlt, die nicht ausreichen zum Leben. Die Einkommensschwachen, auf Englisch „working poor“ genannt, sind gesamtschweizerisch auf 12% angewachsen. In Basel beziehen über 1300 Personen Fürsorgeleistungen, obwohl sie einer Erwerbsarbeit nachgehen.

Den Vorsprung vergrößert

Hingegen verfügen 0.58 Prozent der privaten Steuerpflichtigen in Basel-Stadt über gleich viel steuerbares Nettovermögen wie die übrigen 99.42%. Dank Börsengewinnen gibt es in Basel-Stadt über 50% mehr Millionäre als vor 10 Jahren. Und dies trotz Erbschaftssteuer. Wenn wir der Schere zwischen Arm und Reich nicht gegensteuern, wächst der Spalt durch unsere Gesellschaft. Interessanterweise haben das schon die Begründer der politischen Ökonomie begriffen. Thomas Jefferson und Adam Smith haben vor Jahrhunderten die Problematik erkannt, die entsteht, wenn die Rechte, am Wohlstand teilzuhaben, ungleich auf die folgenden Generationen verteilt sind. Schade, dass dieser von den Vätern einer liberalen Wirtschaftspolitik getragene Solidaritätsgedanke bei den heutigen bürgerlichen Politikern nur noch spärlich gesät ist. Die neoliberale Forderung, jeder sei selbst für seinen Wohlstand verantwortlich, hört man heutzutage nur noch, wenn es um die Streichung von Sozialhilfen geht. Für Erben gilt offenbar ein anderer moralischer Ansatz.

Erben bezahlen wenig

Die Erbschaftssteuer ist zwar nur eine kleine, aber immerhin die fairste ausgleichende Massnahme, die der Staat kennt. Die basel-städtische Erbschaftssteuer ist zudem bescheiden. Sie betrifft nur wenige, fällt nur einmal an und ist viel tiefer als die Steuer, die man bezahlt, wenn man für sein Geld gearbeitet hat. Wer Fr. 100'000.- erbt, bezahlt nur gerade Fr. 2'250.- Steuern. Wer für das

gleiche Geld ein Jahr arbeitet, bezahlt fast zehn mal mehr. Die Erbschaftssteuer ist mit Sicherheit gerechter als die Einkommenssteuer. Gerade letztere wird irgendwann aber ansteigen, wenn die Staatsverschuldung weiter wächst und jedes Jahr zwanzig bis dreissig Millionen aus der Erbschaftssteuer fehlen.

Das Wanderungsargument sticht nicht

Das Hauptargument bürgerlicher Politiker gegen die Erbschaftssteuer ist die Steuerflucht. Basel-Stadt sei als Standort nicht mehr attraktiv, wenn er die Erbschaftssteuer beibehalte. Gute Steuerzahlende würden abwandern oder fernbleiben. Dieses Argument ist bis heute nicht belegt. Es gibt keine fundierte Untersuchung, die diese These bestätigen würde. Vermutlich sind gute Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote viel wichtigere Argumente für die Wahl des Wohnortes. Das einzige, was hingegen jetzt schon feststeht ist, dass ohne Erbschaftssteuer jedes Jahr gegen 30 Millionen in der Kantonskasse fehlen würden. Wenn wir die Erbschaftssteuer mit der Hoffnung abschaffen, mehr Reiche nach Basel zu locken, dann starten wir also ein Experiment mit sehr zweifelhaftem Ausgang. Dieses Experiment ist zum jetzigen Zeitpunkt unverantwortlich. Erstens haben wir die Einkommens- und Vermögenssteuern eben erst gesenkt und können die Auswirkungen dieser Senkung noch nicht abschätzen. Und zweitens ist die Konjunkturlage ausgesprochen besorgniserregend. Es ist nicht die Zeit für finanzpolitische Experimente. Und es ist schon gar nicht die Zeit um Massnahmen abzuschaffen, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft sichern.

Postulat der Gerechtigkeit

Die Erbschaftssteuer ist ein sinnvolles Instrument, das den Vorsprung der wirtschaftlich Starken auf die wirtschaftlich Schwachen ein klein wenig ausgleicht. Es wäre völlig falsch, dieses preiszugeben. Das haben nicht nur 500 Superreiche Amerikaner begriffen. Vermutlich haben auch in der Schweiz und gerade in Basel die Vermögenden längst erkannt, dass die an sich bescheidenen Erbschaftssteuern ein Postulat der Gerechtigkeit sind und kein Wanderungsgrund. Zum Vornherein ausschliessen sollte man dies jedenfalls nicht.

Beat Jans
Präsident der SP Basel-Stadt